

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

14. Nov. 1946

Blatt 1591

Schwächere Glühlampen ermöglichen längere Brennzeiten

Die Schweizer Reise des Bürgermeisters

Aus Zürich wird der "Rathaus-Korrespondenz" telegraphiert: Im Mittelpunkt des Arbeitsprogrammes, das Bürgermeister Körner anlässlich seines Besuches in Zürich abzuwickeln hat, steht die Aktion "Zürich hilft Wien". Gegenstand der derzeitigen Besprechungen ist eine für Weihnachten geplante Aktion, zu deren Ausführung aber noch verschiedene Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Der Bürgermeister besichtigte in Zürich neue Wohnhausbauten kleinerer Typen in Arbeiterbezirken, um die Weiterentwicklung des Wiener Vorbildes zu studieren, sowie Schulbaracken neuerer Systeme, deren Nachahmung für Wien aktuell sein könnte.

Die Gemeinde Wien hat alle Vorbereitungen zur Schneesäuberung

getroffen.

In einer Besprechung der Wiener Bezirksvorsteher, die heute vormittag im Sitzungssaal des Stadtsenates des Wiener Rathauses stattfand, berichtete Stadtbaudirektor Dipl. Ing. Gundacker über die von der Stadtverwaltung zum Zwecke der Schneesäuberung getroffenen Vorkehrungen. Während die organisatorischen Maßnahmen gegenüber dem Vorjahr wesentlich verbessert werden konnten, ist bei der Beschaffung der Arbeitskräfte mit großen Schwierigkeiten zu rechnen.

Den Straßenbahnen, die bei der Schneesäuberung immer eine wesentliche Rolle zu spielen haben, stehen 51 Triebwagen mit

86 Schneepfluganhängern zur Verfügung. Für Straßen ohne Straßenbahnverkehr sind in den Bezirken 1 bis 21 11 Autoschneepflüge und 4 Lastautos als Zugwagen mit 16 Schneepfluganhängern bereitgestellt. Für die Räumung der Nebenstraßen sind 265 Schneepflüge für Pferde- und Traktorenzug und 62 hölzerne Keilpflüge vorgesehen. Ein Teil der meist nur leichten Zugpferde wird infolge Futtermangel allerdings so weit geschwächt sein, daß er für das Ziehen von Schneepflügen kaum in Frage kommen wird. Für die wichtigsten Hauptverkehrsstraßen der Bezirke 22 bis 26 sind 31 Keilpflüge bzw. Seitenräumer und 2 geländegängige Schneepflüge bereitgestellt worden. Diese technischen Vorkehrungen reichen aus, um einen normalen Schneefall zu bewältigen.

In der Zeit vor 1938 sind bei jedem Schneefall neben dem dafür vorgesehenen Stammpersonal der Straßenbahnen und der Straßenpflege, rund 6000 Personen zusätzlich aufgenommen worden. Sie entstammten der damals natürlichen industriellen Menschenreserve, dem Stock der Arbeitslosen, während in Katastrophenfällen sogar noch auf die Soldaten des Bundesheeres zurückgegriffen werden konnte. Jetzt, wo es Arbeitslose in diesem Sinn nicht gibt, wird es schwer sein, Arbeitskräfte auf Grund freiwilliger Meldungen zu bekommen, noch dazu wo die Verabreichung warmer Speisen oder Getränke an die Schneearbeiter noch keineswegs sichergestellt ist. Es kann also in allen 26 Bezirken zusammen nur mit einem betriebseigenen Personal von 1600 Mann gerechnet werden. Dazu kommen 250 Häftlinge aus dem Wiener Landesgericht, rund 525 Arbeiter der bei Schneefällen zur Mithilfe verpflichteten Baustoffabtransportgesellschaft und rund 4000 vom Landesarbeitsamt tageweise zu verpflichtende Nationalsozialisten. Insgesamt werden somit 4775 Schneearbeiter zusätzlich zur Verfügung stehen.

Bei den Straßenbahnen wird der Stundenlohn für Männer und Frauen über 17 Jahre S 1.10, bei jüngeren Personen S -.90 betragen. Für Nachtstunden wird ein Zuschlag von S -.30 gezahlt. Der Tarif für die von der Straßenpflege aufgenommenen Arbeitskräfte ist S 1.--, S -.80 und der Zuschlag für Nachtstunden S -.10

Mit diesen der Gemeindeverwaltung zur Verfügung stehenden Arbeitskräften wird eine Säuberung der Nebenstraßen in den ersten Tagen nach einem Schneefall kaum möglich sein. Die Bezirksvorsteher werden daher die Hausgemeinschaften aufrufen, die Stras-

sen vor ihren Häusern selbst zu säubern. Das nötige Handwerkszeug, wie Schaufeln und Krampen, können den Hausgemeinschaften in ausreichendem Maße von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden.

Entfallender Parteienverkehr

=====

Morgen Freitag, den 15. November entfällt der Parteienverkehr beim amtsführenden Stadtrat für das Wohnungswesen, Gottfried Albrecht.

Wieder ein Bezirk schuttfrei

=====

Nachdem vor einiger Zeit in Margareten die letzten Schaufeln Schutt aufgeladen wurden, folgt nun als zweiter schuttfreier Bezirk Hernals. Aus diesem Anlaß hatten sich Vizebürgermeister Speiser und Major Eberle von der amerikanischen Militärregierung in Hernals eingefunden.

Bezirksvorsteher Pernersdorfer gab einen Überblick über die Beschädigungen im Bezirk, der in dieser Beziehung an neunter Stelle unter den 21 Wiener Bezirken steht. 1642 Kriegsschäden an Gebäuden hat er aufzuweisen. Mit Hilfe der von der amerikanischen Militärregierung zur Verfügung gestellten Lastwagen war es möglich, die Aktion abzuschließen.

Vizebürgermeister Speiser machte sich zum Dolmetsch Major Eberles, der betonte, daß es General Mark W. Clarks Wunsch sei, den Wienern zu helfen, damit sie sich selbst helfen können. In seinen eigenen Ausführungen würdigte der Vizebürgermeister die Größe der geleisteten Arbeit und erinnerte an die Jahre nach 1918, in denen es auch an allem mangelte und nur langsam normale Verhältnisse wiederkehrten. Damals war jedoch Wien von den unmittlerbaren Kriegsfolgen verschont geblieben. Deshalb wollen wir heute nicht verzagen und uns wieder schönere Zeiten auf der Welt erkämpfen, wollen uns vornehmen nicht nachzugeben und alle zusammenhalten. Vizebürgermeister Speiser dankte allen für die geleistete Arbeit und schloß mit einem herzlichen Glück auf.

Sodann wurde die letzte Schaufel verladen und damit Hernals schuttfrei gemacht.

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

Der Wiener Gemeinderat hielt heute um 17 Uhr unter dem Vorsitz des Gemeinderates Dr. Neubauer eine Sitzung ab.

Der Entwurf eines Kollektivvertrages für die Städtischen Forstarbeiter wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Eine Anzahl von Anträgen des Stadtsenates wurde ohne Debatte genehmigt, und zwar betreffend die Beschaffung von 11.000 m gußeisernen Rohren und von 1.560 gußeisernen Verbindungsstücken für die Städtischen Gaswerke, mit einem Sachkredit von 600.000 Schilling; die Verwendung eines im Wirtschaftsplane 1946 der Wiener Elektrizitätswerke vorgesehenen Kredites für die Neuaufrichtung einer Kranbrücke im Kraftwerk Engerthstraße, sowie der Einbau von Ölfeuerungen bei den Dampfkesseln des gleichen Kraftwerkes; ferner die Übertragung eines im Wirtschaftsplan der Wiener Elektrizitätswerke genehmigten Betrages von 2,050.000 S auf eine neue Kreditpost für den Ankauf und Einbau von Anodengleichrichtern in den Unterwerken der Wiener Elektrizitätswerke.

Gleichfalls ohne Debatte genehmigte der Gemeinderat eine Reihe von Nachtrags- und Zuschußkrediten zum Wirtschaftsplan 1946 der Wiener Verkehrsbetriebe zur Deckung der Kosten verschiedener Wiederaufbauarbeiten.

Ein für Bauarbeiten und Inventaranschaffungen bei der Städtischen Bestattung vorgesehener Kredit von 20.000 S wird auf 143.000 S erhöht und schließlich gleichfalls ohne Wortmeldung die Fahrpreisfestsetzung auf der Kraftomnibuslinie 19, Kagran-Siedlung Neu Essling (Teufelsfeld) genehmigt.

Sodann nahm der Gemeinderat die Wahl der Vertrauenspersonen für die auf Grund des Schöffenlistengesetzes zu bildenden Wiener Gemeindebezirkskommissionen vor.

Die Ernährungslage Wiens

=====

Eingelangt ist eine Anfrage der sozialistischen Gemeinderäte Rudolphine Muhr, Antonie Alt, Fritsch, Opravil und Genossen an den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe X, in der darauf hingewiesen wird, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln im allgemeinen und mit Kartoffeln im besondern in

der letzten Zeit starke Störungen zeigt. Vor allem ist festzustellen daß selbst die geringe Menge von 50 kg Einlagerungskartoffeln einen Teil der Bevölkerung noch nicht zugewiesen wurde. Der amtsführende Stadtrat wird ersucht, Aufklärung über die Ursache dieser Störungen, über die voraussichtliche Dauer und über die anzuwendenden Mittel zu deren Behebung zu geben.

Amtsführender Stadtrat Sigmund beantwortete die Anfrage sofort und führte aus, daß sich die Verwaltungsgruppe X seit Monaten bemühe, eine Erleichterung in der Ernährungs-lage Wiens herbeizuführen. Wir haben uns im Sommer bemüht, durch die Aufbringung von heimischen Produkten unsere Ernährung günstiger zu gestalten. Der amtsführende Stadtrat verweist auf die im heurigen Frühjahr mit der Tsche^{ch}slowakei geführten Verhandlungen, die zu einem Kompensationsgeschäft von 800 Waggon Kartoffeln gegen 625-Waggon Salz führten. Bisher wurde lediglich ein Drittel des Salzes geliefert, was bei neuerlichen Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, wegen Lieferung von zusätzlichen Lebensmitteln, vor allem von Gemüse in frischem und angesäuertem Zustande, für die österreichischen Unterhändler sich ungünstig auswirken könne. Wir haben während des Sommers versucht, Gemüse und Obst aus der eigenen Produktion zu organisieren. Es ist zum Teil gelungen, zum Teil haben besondere Umstände dazu geführt, daß unser Plan nicht verwirklicht werden konnte. Insbesondere aber die Obstversorgung im Herbst des heurigen Jahres hat uns Zustände gezeigt, mit denen wir als Wiener absolut nicht einverstanden sind. Österreich ist ein Bundesstaat mit gleichberechtigten Bundesländern. Daraus folgern wir, daß, wenn die Ernährungslage schwierig geworden ist und wenn gehungert wird, jeder in diesem Lande gleichmäßig hungern möge. (Lebhafte Zustimmung.) Während in Wien 10 kg Äpfel versprochen wurden und nur 6 1/2 kg ausgegeben werden konnten, hat der Landesversorgungsausschuß Steiermark beschlossen, der Bevölkerung 30 kg Äpfel auszugeben. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Wir sind jetzt daran, das siebente Kilogramm in Wien auszugeben. Ich habe mich vor ungefähr 8 Tagen in der Steiermark persönlich davon überzeugt, daß das steirische Ernährungsamt an die Sammelstellen der Oststeiermark den Auftrag erteilt hat, die täglich einlangenden Mengen an Äpfeln zum übergroßen Teil in die obersteirischen Gebiete zur Erfüllung des 30 kg-Aufrufes zur Verfügung zu stellen.

Seit dem 12. September l.J. bemühe ich mich mit meinen Mitarbeitern, allen verantwortlichen Stellen die Notwendigkeit der geregelten Kartoffelversorgung für Wien klarzumachen. Ich habe vor Beginn der Kartoffelaktion mit den Vertretern des Kartoffelwirtschaftsverbandes und des Ministeriums wegen eines Planes zur Versorgung der Stadt Wien verhandelt. Die Aktion sollte am 15. September anlaufen. Stadtrat Sigmund schilderte seine diesbezüglichen Bemühungen und stellte fest, daß nicht in dem Maße vorgesorgt wurde, das eine ungestörte Versorgung gewährleistete. Während wir in Wien mit der Wintereinlagerung überhaupt nicht beginnen konnten und hier ein deutlicher Mangel an den normalen Aufrufen festgestellt werden mußte, wurde am 4. Oktober der Bahnhof von Gmünd und die umliegenden Bahnhöfe mit Waggons verstopft, weil sämtliche Kartoffeln, die in oberen Waldviertel aufgebracht wurden, in die Gmündner Verwertungsfabrik dirigiert wurden. An diesem Tage haben sich in Gmünd hundertachtzig Waggons Kartoffeln und weit mehr als diese Summe in den angrenzenden Bahnhöfen befunden. Ich habe daraufhin dem Kartoffelwirtschaftsverband diese Tatsache neuerdings mitgeteilt und verlangt, man möge mir mitteilen, auf Grund welcher Maßnahme diese Situation eingetreten sei. Ich habe daraufhin erfahren, daß der Leiter der Gmündner Fabrik, Ing. Rosenauer, der vorherige Leiter des Kartoffelwirtschaftsverbandes in Wien und numehrige Vorsitzende der Gmündner Verwertungsgesellschaft, den Auftrag gegeben hat, die anfallenden Kartoffeln in die Fabrik Gmünd zu leiten. (Rufe: Unerhört! - Lebhaftige Zwischenrufe.)

Ich stelle ausdrücklich fest, daß zu dieser Zeit die Wiener Versorgung gefährdet war und kostbare drei Wochen vergingen.

Um die Ungleichheit in der Versorgung in den verschiedensten Gebieten aufzuzeigen, hat vor kurzem in Gmünd eine Demonstration stattgefunden, in der Frauen wahrscheinlich mit Recht gegen die ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln protestierten. Zur Beruhigung dieser Demonstration hat der dortige Bezirkshauptmann verfügt, daß im Bezirk Gmünd 150 kg Kartoffel auszugeben seien. (Erneute lebhaftige Zwischenrufe.)

Dem steirischen Landesversorgungsausschuß fehlen noch 400.000 Stück Eier, dann wird er in der Lage sein, zu Weihnachten vier Stück Eier auf den Kopf der Bevölkerung ausgeben zu können!

Für 1000 Rinder, die Oberösterreich für Wien lieferte, verzichteten die Oberösterreicher auf eine Fleischration von 25 dkg. Zum Kalorienausgleich erhielten sie 14 dkg Trockenei, obwohl den 25 dkg Fleisch 8'7 dkg Trockenei entsprechen hätten. Es ist auf die Dauer untragbar, daß in Wien nur dreimal in einem Jahr Frischfleisch ausgegeben wird. Ich habe namens der Stadt Wien die Forderung erhoben, hier endlich einen Ausgleich zu schaffen. Wenn zu wenig Lebensmittel vorhanden sind, dann muß das Wenige gleichmäßig auf das ganze Bundesgebiet aufgeteilt werden. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen.) In der letzten Sitzung der Landeshauptleute wurde beschlossen, in den Ländern nun eine fleischlose Woche einzuführen, um in Wien innerhalb einer Periode eine Woche mit Frischfleisch zu ermöglichen. Ich halte auch diesen Zustand noch nicht für erträglich. Er kann nur die erste Etappe zur vollständigen Angleichung in der Fleischversorgung Österreichs sein.

Seit Monaten verspricht man der Stadt Wien eine vierwöchentliche Bevorratung. Aber es ist trotz aller Anstrengungen bisher nicht gelungen, sie durchzuführen." Blatt 1597

Für 1000 Stadtrat Sigmund sprach dann über die schlechte Qualität des Brotes, die uns gelieferten 4000 Tonnen türkischer Roggen waren ungemein versandet. Obwohl das Lebensmittelgesetz nur eine Höchstverschmutzung von 12/100 gestattet und es nur gelungen ist, die Reinigung auf 6/10 zu bringen, konnte auf die Verwendung des Roggens nicht verzichtet werden. Hätten wir eine vierwöchentliche Bevorratung gehabt, dann hätte dem Brot nicht viel Roggen beigemischt werden müssen.

Vorige Woche habe ich neuerdings beim Herrn Minister für Volksernährung vorgesprochen und verlangt, man möge uns in der Brotversorgung etwas Luft schaffen. Daraufhin habe ich Getreide zur Verfügung bekommen. Als ich dieses Getreide verwenden wollte, stellte sich heraus, daß ein überwiegender Teil desselben überhaupt noch nicht in Wien ist. Es ist erst an Rollen zur vollständigen Angleichung in der Fleischversorgung Österreichs sein.

Seit Monaten verspricht man der Stadt Wien eine vierwöchentliche Bevorratung. Aber es ist trotz aller Anstrengungen bisher nicht gelungen, sie durchzuführen." Blatt 1597

Für 1000 Stadtrat Sigmund sprach dann über die schlechte Qualität des Brotes, die uns gelieferten 4000 Tonnen türkischer Roggen waren ungemein versandet. Obwohl das Lebensmittelgesetz nur eine Höchstverschmutzung von 12/100 gestattet und es nur gelungen ist, die Reinigung auf 6/10 zu bringen, konnte auf die Verwen-

Es kann auf die Dauer nicht weitergehen, dass Wien dauernd in der Ernährungslage so zusammengeschnürt wird, dass nur mehr das Leben für wenige Tage gewährleistet ist. Irgendeine Naturkatastrophe kann diese Stadt an den Rand des Hungers bringen.

St.R. Sigmund stellte dann fest, dass die Stadt Wien das Recht hätte, die Kartoffel und das Mehl bis zum Grossverteiler in Wien zu bekommen. Es sei nicht unsere Aufgabe in die Provinz hinauszufahren und unsere LKW's ins Waldviertel zu schicken, damit dort den Bauern geholfen wird, die Kartoffel zu den Waggonen zu bringen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Gestern wurde dem Ernährungsminister im Parlament von niemandem widersprochen, als er sagte, dass die Aufbringung der Lebensmittel Sache des Landwirtschaftsministers ist. (Rufe: Sehr richtig. Beifall bei den Parteigenossen.)

Am 13. November um 14 Uhr 30 wurde ich vom Ernährungsdirektorium gerufen und man teilte mir mit, dass der Stadt Wien die Organisation der Kartoffelversorgung übertragen würde. Auf meine Frage, wo ich die Kartoffel herschaffen sollte, teilte mir der Herr Landwirtschaftsminister mit, dass grosse Flächen in Niederösterreich noch mit Kartoffeln belegt seien. Dagegen hat mir heute Sektionschef Grünwald, den der Herr Landwirtschaftsminister ausdrücklich als seinen Vertrauensmann bezeichnet hat, mitgeteilt, dass es in Niederösterreich überhaupt nur noch einige Joch mit Kartoffeln gibt und die betreffenden Grundbesitzer keine Arbeitskräfte brauchen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) St.R. Sigmund: Es wurde mir soeben vorgeworfen, ich sei demagogisch. St.R. Sigmund zu Vizebürgermeister Weinberger gewendet: Mit dieser Feststellung, Herr Vizebürgermeister, habe ich ihre unbegründete Anschuldigung, dass ich demagogisch sei, sachlich zurechtgewiesen. (Beifall bei den Parteigenossen.) (Starke Unruhe im Saal.)

G.R. Marek (SPÖ) wandte sich empört gegen Frau G.R. Hiltl (ÖVP) die in einem Zwischenruf den Ausdruck "Lausbubenmanieren" gebrauchte. Es entstand eine erregte Auseinandersetzung, so dass der Vorsitzende, G.R. Thaller, erst nach mehrmaligem Glockenzeichen die Ordnung im Hause wiederherstellen konnte. Er stellte fest: "Es wird gegen die G.R. Hiltl die Beschuldigung erhoben, den Ausruf 'Lausbubenmanieren' gebraucht zu haben."

Ich habe diesen Zwischenruf nicht verstanden. Falls er gefallen sein sollte, muß ich ihn energisch zurückweisen und bitten, daß man solche Zwischenrufe nicht mehr macht. In einer so ernstesten Debatte ist es begreiflich, daß Zwischenrufe hin und her fallen, aber ich bitte dabei doch um einige Zurückhaltung." Er ermahnte dann noch die Mitglieder des Gemeinderates, die Zwischenrufe einzustellen und erteilte dem Berichterstatter wieder das Wort.

Stadtrat Sigmund stellte, in seinen Ausführungen fortführend, fest, daß also die Behauptungen des Landwirtschaftsministeriums bezüglich der Kartoffel nicht zutreffen. (Zwischenruf des Gemeinderates Bock: "erlogen sind".)

Es kam nun zu einem Wortwechsel zwischen Vizebürgermeister Weinberger und dem Vorsitzenden.

Nach diesem Zwischenfall fuhr Stadtrat Sigmund fort: Nach bindenden Zusagen des Ernährungsdirektoriums sollen auf dem Kopf der Bevölkerung und Kartoffelwirtschaftsjahr 100 kg entfallen. Davon wurden bis jetzt in der Zeit zwischen dem 1. Juli und dem 12. November laufend 25 kg ausgegeben. Von der Menge von 75 kg, die für die Wintereinlagerung vorgesehen war, sollten vorerst 50 kg ausgegeben werden. Bisher konnten aber diese 50 kg noch nicht restlos erfüllt werden. Es fehlen uns noch in Wien 40.000 Tonnen Kartoffeln. (Rufe: Hört!) Ob es uns gelingen wird, diese Menge aufzubringen, hängt zum großen Teil von der Witterung ab. Sollten wir einen starken Frost bekommen, dann würde die Kartoffelversorgung für Wien vollständig aufhören und wir würden für tausende Familien keine Kartoffel haben, weder zur Wintereinlagerung noch für die laufende Ausgabe.

Stadtrat Sigmund schilderte sodann seine tagelangen Bemühungen vom Landwirtschaftsministerium und vom Kartoffelwirtschaftsverband zu erfahren, wo Kartoffel zum Abtransport bereitliegen.

Gestern um 14 Uhr habe ich den Vertreter des Kartoffelwirtschaftsverbandes angerufen und erhat mir für heute versprochen, die Unterlagen zu geben. Bis heute fehlt mir das Material. Ich habe mich gestern an Herrn Landeshauptmann Reither gewendet und ihn gebeten, heute im Radio einen Aufruf an die Bauern zu erlassen, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen. Ich habe das Versprechen bekommen, daß dieser Aufruf erfolgen wird. Heute um

12 Uhr 10 hat mir die Ravag mitgeteilt, dass Landeshauptmann Reither erst am Samstag sprechen wird. (Hört, hört.)

Ich habe versucht in sachlicher Art alle Funktionäre und massgebenden Verbände in den Dienst dieser Sache zu stellen. Ich habe veranlasst, dass die Kartoffelfahrzeuge bei den Erdgastankstellen bevorzugt abgefertigt werden und ich habe das Fahrverbot für Kraftwagen, die Kartoffeln transportieren, an Sonntagen aufheben lassen.

Vor 14 Tagen ist in einer Eingabe an den Bürgermeister die Entwicklung in der Kartoffelversorgung aufgezeigt worden. Damals betrug die Anlieferung 127 Waggon per Tag. Seit der Zeit gingen die Lieferungen ständig zurück und haben gestern 45 Waggon betragen. Wir würden jedoch täglich 200 Waggon brauchen, um den ersten Aufruf erfüllen zu können. Mit der Beistellung der Waggon haben wir keine Schwierigkeiten, es liegt also allein an der Anlieferung.

Die Zwettler Bauern würden gerne liefern, aber 3.000 t Kartoffeln sind so weit von der Bahn weg, dass sie die Bauern nicht transportieren können. Daraufhin haben wir von Wien 20 5-t-Lastwagen hinausgeschickt und in wenigen Tagen werden wir damit fertig sein. (Zwischenruf Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP): Warum geht es da?)

St.R. Sigmund: Wenn ich Kartoffel nach Wien bringen kann, werde ich es natürlich tun, aber ich brauche nicht 3.000 t sondern über 40.000 t und für die restlichen 25 kg pro Kopf weitere 53.000 t. Es war nie vorgesehen, dass sich die Stadt Wien ihre Kartoffel selbst holen muss.

Der zweite Vorwurf den ich machen muss: Die Gmünder Fabrik hat sich ihre Kartoffel aus bahnnahe Gebieten geholt und wenn man uns jetzt mitteilt, dass wir unsere Kartoffel selbst holen sollen, so kann man wirklich nicht von einer Schuld der Stadt Wien sprechen.

Wir sind also in einer schweren Situation und wir müssen daher alles tun, um mit dieser Lage fertig zu werden.

Ich habe an den Entscheidungen höherer Stellen nicht Kritik zu üben, aber ich darf meine Bedenken äussern.

Die Kaloriensätze wurden auf 1550 festgelegt, aber solange ich nur auf 2 bis 3 Tage wirtschaften kann, muß ich immer darum bangen, wie ich diese Kalorien aufbringen soll. Der Winter steht vor der Tür und mit ihm viel Schwierigkeiten. Müssen wir daher nicht verlangen, daß die Lebensmittel für unsere Stadt für vier Wochen sichergestellt werden? Oder können wir uns immer auf den Zufall verlassen?

Nun ist der Augenblick gekommen, wo sich alle Stellen dafür einsetzen müssen, damit das Leben unserer Stadt gesichert wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender GR. Thaller gibt bekannt, daß im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit die Besprechung der Anfrage und ihrer Beantwortung in der nächsten Sitzung erfolgen werde.

Eingelangt ist weiter eine Anfrage der Gemeinderäte Leuscher und Genossen (KPÖ) an den Bürgermeister wegen eines von den kommunistischen Gemeinderäten in der Sitzung des Gemeinderates vom 22. Oktober d.J. eingebrachten Beschlussesantrages, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Notlage der Wiener Bevölkerung. Der Bürgermeister wird aufgefordert dem Gemeinderat mitzuteilen, welche konkreten Schritte der Stadtsenat aus Anlaß dieses im zugewiesenen Dringlichkeitsantrages getroffen hat; ferner eine Anfrage der kommunistischen Gemeinderäte Dr. Altmann und Genossen an den Bürgermeister, betreffend Maßnahmen zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Arbeit der provisorischen Bezirksvertretungen. In der Begründung dieser Anfrage wird darauf hingewiesen, daß die kommunistische Partei in Wiener Landtag nicht nur die gesetzliche Fundierung der provisorischen Bezirksvertretungen gefordert habe, sondern eine solche auch in dem Beschluß des Wiener Landtages über ein Verfassungsgesetz vorgesehen war. Seither sind Monate vergangen, ohne daß ein solcher Gesetzentwurf dem Wiener Landtag vorgelegt worden wäre.

Der Bürgermeister wird die Behandlung der beiden Anfragen veranlassen.

Des weiteren sind zwei Dringlichkeitsanträge der kommunistischen Fraktion eingelangt, und zwar ein Antrag der G.R. Dr. Soswinski und Genossen, durch den der Stadtsenat beauftragt wird, ehestens, jedenfalls noch vor der Weihnachtszeit die Auszahlung einer Beihilfe (Weihnachtsunterstützung) an die in Wien wohnhaften Eltern der vom nationalsozialistischen System Gemordeten, an die Witwen und Vollwaisen in der Höhe von mindestens 100 S, an die Halbweisen in der Höhe von mindestens 50 S zu veranlassen.

G.R. Dr. Soswinski führt in mündlicher Begründung der Dringlichkeit seines Antrages aus, es sei Pflicht, für die Hinterbliebenen jener Männer und Frauen zu sorgen, die in den Todesmühlen Hitlers vernichtet oder hingerichtet wurden.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt und seine Behandlung in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beschlossen.

Desgleichen wird die Dringlichkeit dem Antrag der Gemeinderäte Steinhardt und Genossen (KPÖ) zuerkannt, durch den der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen beauftragt wird, unverzüglich neue Richtsätze für die Erhaltungsbeiträge der Fürsorgebedürftigen ausarbeiten zu lassen. Bis zur Neuregelung dieser Richtsätze sei eine einmalige nicht rückzahlbare Notunterstützung in der Höhe eines monatlichen Erhaltungsbeitrages zusätzlich auszubezahlen.

G.R. Steinhardt betont, in der Begründung der Dringlichkeit, die von der Gemeinde Wien befürsorgten Altersrentner und Arbeitsunfähigen seien am meisten durch die Preissteigerungen betroffen. Die Fürsorgesätze gelangen noch immer in der Höhe des Jahres 1944 zur Auszahlung.

Die Behandlung auch dieses Dringlichkeitsantrages findet in der nächsten Sitzung statt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Die Sitzung wird um 19 Uhr geschlossen.

Weinausgabe anlässlich des Leopolditages
=====

Die Landesernährungsämter Wien und Niederösterreich geben bekannt:

In Wien und Niederösterreich erhalten anlässlich des Leopolditages sämtliche Verbraucher über 18 Jahre im Laufe dieser Versorgungsperiode $\frac{3}{4}$ Liter oder eine Bouteille Wein. Der Bezug ist in einem Gasthaus, beim Lebensmittelkleinhändler (unbeschränkter Gemischwarenhandel) oder beim Erzeuger (Hauer) möglich. Die Wahl der Abgabestelle steht dem Verbraucher frei.

In Wien wird auf die Abschnitte 37, 38 und 39 der Lebensmittelkarte 21 für Erwachsene über 18 Jahre je $\frac{1}{4}$ Liter bzw. auf die drei zusammenhängenden Abschnitte eine Bouteille Wein abgegeben.

In Niederösterreich erfolgt die Weinabgabe auf die Abschnitte der Lebensmittelkarten N/E 55, 56, 57; TSV/E 53, 54, 55 und VSV/E 6, 7, 11 mit je $\frac{1}{4}$ Liter bzw. auf die zusammenhängenden Abschnitte mit einer Bouteille Wein.

Gastwirte in Wien und in den Randgemeinden, die keine Weinvorräte haben, sowie jene, deren Lagervorräte weniger als 100 Liter ausmachen, erhalten einen Berechtigungsschein auf 100 Liter Wein bei ihrem Bezirksobmann, soweit die Bestandsmeldung für das Bundesministerium für Volksernährung schon abgegeben wurde, Wirte, die diese Bestandsmeldung bisher nicht abgegeben haben, erhalten keinen Berechtigungsschein.

Die Lebensmittelkleinhändler in Wien und in den Randgebieten müssen sich eine Lieferzusage für Flaschenwein bei einem Weingroßhändler oder einer Winzergenossenschaft versorgen. Gegen Vorlage dieser Lieferzusage erhalten sie in der Fachgruppe Lebensmittelkleinhandel, Wien I., Helferstorferstraße 9, einen Berechtigungsschein auf 50 Bouteillen Wein. Ohne Lieferzusage werden keine Berechtigungsscheine ausgegeben.

Die Angehörigen der Wiener Anstalten und Heime, die nicht im Besitze von Lebensmittelkarten sind, erhalten durch das Landesernährungsamt Wien über die Anstaltsleitung Bezugsmarken, die in den oben angeführten Abgabestellen nach freier Wahl eingelöst werden können.

In Niederösterreich erhalten Gastwirte in Orten unter 2000 Einwohner, soferne sie über keinen Lagerstand oder über einen Lagerstand unter 50 Liter, in Orten über 2000 Einwohner wenn sie über einen Lagerstand unter 100 Liter verfügen, vom zuständigen Bezirksernährungsamt einen Berechtigungsschein für 50 bzw. 100 Liter Wein. Sie haben eine schriftliche Erklärung über den Lagerstand, bestätigt vom Ortskontrollauschuß, vorzulegen.

Die befugten Lebensmitteleinzelhändler sind in Niederösterreich nur in Orten mit über 2000 Einwohner zum Verkauf von Flaschenwein zugelassen. Sie erhalten auf Grund der Lieferzusage eines Weingroßhändlers oder einer Winzergenossenschaft bei Vorlage des Gewerbescheines vom zuständigen Bezirksernährungsamt einen Berechtigungsschein für 50 Bouteillen Wein.

Anstalten und Heime in Niederösterreich erhalten vom zuständigen Bezirksernährungsamt einen Bezugschein B für Wein auf der Basis des derzeitigen Verpflegungsstandes und der aufgerufenen $\frac{3}{4}$ Liter Wein pro Person. Die Anstalten und Heime in den Randgemeinden erhalten die Bezugscheine vom Landesernährungsamt Niederösterreich.

Der Weingroßhandel hat die vorgelegten Berechtigungsscheine einzulösen.

Mit dem Ausschank des Weines kann sofort begonnen werden. Beim Bezug von Bouteillenwein sind Leerflaschen mitzubringen. Die aufgerufenen Abschnitte können sowohl in Wien als auch in Niederösterreich eingelöst werden.

Für die Bewegung der zur Durchführung dieser Ausgabe erforderlichen Weinmengen gilt der Lieferschein (Rechnung) als Transportschein. Zu diesem Zweck ist der Lieferschein vom Weingroßhändler (Winzergenossenschaft) mit dem Vermerk "Gilt als Transportschein" zu versehen.